

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. September 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzeygen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 104

Bekanntmachung

Für die Verhandlung des Tarifausschusses vom 19. September und folgende Tage haben die Gehilfenvertreter noch nachstehende Anträge eingereicht:

1. Es ist durch den Tarifausschuss grundsätzlich festzulegen, daß in den besetzten Gebieten aller Tarifkreise und den an diese angrenzenden bzw. mit ihnen zusammenhängenden Gebieten eine Sonderzulage zu zahlen ist.
2. Stehl ist als Brückenkopff beleses Gebiet und das Kreisamt wird mit der Regelung der dortigen außerordentlichen Verhältnisse beauftragt.
3. Der Tarifausschuss wolle beschließen, daß die Besatzungszulage für den Kreis XII auch im Kreisvorort Frankfurt a. M. zu zahlen ist, da die Steuerungsverhältnisse dort zum allermindesten die gleichen sind, wie in den mit dem gleichen Vorkaufschlage besetzten, Frankfurt unmittelbar vorgelagerten Druckorten Griesheim, Nied, Schwanheim und Höchst. Sollte eine Verkländigung im Tarifausschusse nicht möglich sein, so ist das Kreisamt mit der Regelung der Angelegenheit zu beauftragen.
4. Das Kostgeld der Bebrlinge ist den gegenwärtigen Steuerungsverhältnissen entsprechend zu erhöhen.
5. Festsetzung einer Regionalzulage für den Tarifkreis XII resp. Übertragung dieser Festsetzung an das Kreisamt.
6. Auslegung der Ziffer 8 im § 7, betreffend Aufrechnung halber Überstunden.
7. ~~Abbau~~ ~~Macht~~ ~~unserer~~ ~~Mitglieder~~ ~~der~~ ~~Tarif-~~ ~~gemeinschaft~~ ~~werden?~~
8. Schaffung eines besonderen Tarifkreises für das Bezugsgebiet.

Berlin, 5. September 1921.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

S. M.: Paul Schleichs, Geschäftsführer.

Macht euch bereit!

Mit Interesse habe ich die Ausführungen des Kollegen Mombauer (Solingen) gelesen, und ich bin der Meinung, daß er vielen Kollegen aus der Seele gesprochen hat. Ich will deshalb seine Zeilen nicht bis ins einzelne zerpfücken, ich will nicht des Näheren eingehen auf die Vorwürfe, die er unseren Führern macht. Denn zu der Zeit, in der nach Anschauung des Kollegen M. unsere Gehilfenvertreter nicht breit genug aufgetreten sein sollten, hatten diese eben nicht die Kerntrupps hinter sich wie heute. Denn nahezu die Hälfte unserer Verbandskollegen waren nicht mehr Seher, nicht mehr Drucker, sondern leider Soldaten. Und Kollege M., das müssen Sie doch auch beklagen, daß gleich nach Beendigung des Krieges, als die Massen heimkehrten aus dem sogenannten „Feindesland“, das Interesse am Organisationsleben schwer darniederlag. Und zwar aus dem leichtbegreiflichen Grunde, daß sich die Kollegen nach jahrelanger Abwesenheit von zu Hause wieder zunächst ihren Angehörigen widmen. Dann aber auch, weil der damalige politische Widerstreit manchem Kollegen gar nicht Zeit ließ, darüber nachzudenken, daß wir mit diesem Parteihader unsern Kollegen Gebäude, dem nach jahre-langer, intensiver Arbeit unser älteren Kollegen aufgebauten Verbände der Deutschen Buchdrucker, der uns in allen Teilen, bei Fränkheit, Arbeitslosigkeit und sonstigen Nöten stets das nötige Rückgrat verlieh, und auf dessen Führer wir stolz sein konnten und auch waren, daß wir diesem Gebäude einen Stolz verleihten, dem auch die „Pioniere der Arbeiter“, und die schäbe unsre erprobten Führer immer noch als Pioniere, nur mit der äußersten Anstrengung standhalten konnten. Aus diesem Grunde würde ich es sehr begrüßen, wenn wir über die bewußten oder unbewußten Fehler unsrer Führer einen selten Zweckeroffentlich machen würden, damit einmal das Gerübe darüber verstimmt und wir uns vereint, die Älften und die Jungen, zum Kampfe, der uns möglicherweise bevorsteht, rüsten können.

So gern ich es vermeiden möchte, den Raum des „Korr.“ zu stark in Anspruch zu nehmen, kann ich doch nicht umhin, auch über die Fehler der Kollegen zu schreiben. Glauben Sie mir, Kollege M., es ist den Gehilfenvertretern nicht immer leichtgemacht worden von den Kollegen, und es muß betont werden, speziell von Seiten der Provinz-kollegen, mit energischen Forderungen durchzudringen. Sol es sich doch erwies, daß bei den Verhandlungen über die Neuordnung der Vorkaufschläge im Mai d. S. bei uns

in Bayern viele Mitgliedschaften es unterließen, einen Antrag auf Erhöhung der Vorkaufschläge zu stellen; obwohl sie berechtigten Anspruch darauf hatten und sicherlich mit ihren Forderungen nicht abgewiesen worden wären. Das, Kollege M., muß auch zum Nachdenken Anlaß geben; hier sind es nicht die Fehler der Führer, sondern meines Erachtens liegt hier die Schlappheit auf Seiten der Kollegen. Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß, wenn wir unsern Gehilfenvertretern unsere berechtigten Wünsche schriftlich oder mündlich vorbringen, diese von ihnen auch energisch vertreten werden, wenn auch der Erfolg nicht immer ein ganzer ist.

Seute liegen die Verhältnisse ganz anders als vor einigen Monaten, auch die zahllosen Provinzkollegen haben einsehen gelernt, daß mit leeren Worten und mit Verstärkungen auf einen besseren Geschäftsgang die Familien der Kollegen nicht satt werden. Heute stehen auch die Kollegen in der Provinz auf dem Standpunkte, daß es besser ist, ein schnelles Ende herbeizuführen, als langsam Hungers zu sterben. Und nun, Kollege M., kommen wir zu dem Punkt, in dem wir völlig einig sind, wir wollen nicht den Kampf provozieren, aber wir scheuen ihn auch nicht.

Wir wollen unsern Gehilfenvertretern das alle Vertrauen entgegenbringen, wir wollen gerechte Forderungen stellen, wir wollen ihnen zurufen: Macht euch bereit zu den nächsten Tarifverhandlungen, wir sind es auch. Wir wissen, was ihr für eine Verantwortung tragt, wir wollen auch, daß es euch nicht leicht sein wird, gegebenenfalls vor unserm Forum zu erscheinen mit den Worten „Macht euch bereit!“ Wenn wir dann den Mut aufbringen, den uns allgegenwärtigen Kampf aufzunehmen und auszufechten, haben wir wieder Anspruch darauf, die „Pioniere der Arbeiter“ genannt zu werden.

Mit Kollegen M. werden viele der Ansicht sein, daß es für uns und speziell für unsre Führer unwürdig ist, um Wirtschaftsbereitschaften und Lohnverbesserungen, die einem Trinkgeld ähnlich sehen, tagelang zu handeln und zu feilschen. Geradezu aufreizend muß es aber wirken, wenn sich Prinzipalvertreter die Dreifigkeit erlauben, die Einnahmen der Zigaretten- und Schokoladenfabriken als Maßstab an unsern Löhnen anzulegen. Für unsre Buchdruckerkollegen ist Schokolade sicherlich Fremdkörper, und ich weiß bestimmt, daß viele Kollegen, insbesondere die verheirateten, sich des Rauchens enthalten müssen, weil unsre Buchdruckerlöhne nicht ausreichen zum Leben, geschweige denn zum Schokoladessen und Zigarettenrauchen. Wenn angesichts dieser Tatsachen bei den nächsten Verhandlungen von Seiten der Prinzipalvertreter wieder mit bewußten oder unbewußten Irreführungen operiert werden sollte, dann, ihr Gehilfenvertreter, erklärt den Prinzipalpal, daß ihr nicht die Unterhändler eines Kleiderjuden, sondern die Vertreter einer alten erprobten Gewerkschaft mit 75000 Mitgliedern seid, und daß wir es reichlich satt haben, uns mit abgedroschenen Phrasen füllen zu lassen. Dann erkläre ihnen, daß wir gewillt sind, den Kampf auf der ganzen Front aufzunehmen. Nicht zerpfücken wollen wir unsre Kräfte durch lokale Maßnahmen, sondern vereint wollen wir gegen das Bollwerk stürmen, und wir dürfen überzeugt sein, daß es unsern Kräften nicht standhalten wird. Und ihr sollt unsre Führer sein, wir wollen euch das alle Vertrauen entgegenbringen, das uns von jeher befehl hat als Verbandskollegen.

Diessen a. M.

L. Bank.

Und nochmals: Kritisches zur Situation!

Kollege Bertram (Söhl), der Kreisvertreter des Tarifkreises II, hat sich der Mühe unterzogen, in einem längeren Artikel im „Korr.“ Nr. 100 den Nachweis zu erbringen, daß die Gedankengänge in meinem Artikel „Kritisches zur Situation“ nicht den Tatsachen entsprechen und meine Kritik völlig unangebracht war. Er glaubt aber auch betonen zu müssen, daß ich neben vielen anderen Kritikern den großen Fehler begehe, alles von den in der Druckerei und im Orte herrschenden Zuständen zu beurteilen, und erteilt den Rat, sich in Zukunft einen „weiteren Blick“ anzueignen, um das Richtige zu treffen. Nun, ich will nicht des längeren mit dem Kollegen Bertram an dieser Stelle bezüglich seines Vorwurfs auseinanderlegen, aber den Vorwurf mangelnden Weltbildes muß ich schon bezüglich meiner Berlin zurückweisen. Es ist mir zuwider, meine bisherige Tätigkeit als Gewerkschaftler und langjähriger Funktionär in aller Öffentlichkeit in den Vordergrund zu stellen, aber ich glaube

doch feststellen zu dürfen, daß ich auf Grund langjähriger Tätigkeit im öffentlichen Leben mir eine gewisse Urteilsfähigkeit angeeignet habe, trotzdem ich nicht verhehlen will, daß ich noch viel zu lernen habe, wie andre Kollegen auch.

Aber nun zum eigentlichen Kern der Sache. Kollege Bertram sucht zu beweisen, daß meine Behauptung, die in Nürnberg gefassten Richtlinien seien bei den Tarifverhandlungen Oktober/November v. J. beilegte geknobelt worden, falsch ist. Zur Beweisführung zitiert er die Zeitsätze und geht auf die einzelnen Punkte näher ein. Und was ist dabei festzustellen? Kollegen Bertram ist es glücklich, in einem Falle, bei Punkt 7, mich des Irrtums gelhen zu können. Ein Irrtum, der wohl nicht sonderlich ins Gewicht fällt, zumal ich der Auffassung bin, daß in den jetzigen wirtschaftlichen Zeitverhältnissen eine zweijährige tarifliche Festlegung eine zu lange Zeitspanne bedeutet. Aber gerade in bezug auf die wichtigsten Punkte, die uns materiell und ideal am meisten treffen, hat Kollege Bertram selbst zugeben müssen, daß sie nur teilweise und die wichtigsten, Ziffer 4 und 6, überhaupt nicht erfüllt worden sind. Kollege Bertram führt nun die Gründe ins Feld, warum dies nicht möglich war; er verteidigt die Haltung der Gehilfenvertreter. Und ich möchte von vorn herein betonen, daß ich nicht so naiv bin, trotz meines mangelnden Weltbildes, anzunehmen, daß die Gehilfenvertreter in der Lage sind, voll und ganz die Wünsche der Gehilfen zur Geltung zu bringen und einen Tarifvertrag zu schließen, der auch die Gehilfenkette befriedigen kann. Aber trotz allen Beweismaterials des Kollegen Bertram über die Richtigkeit der Politik der Gehilfenvertreter und der Organisation komme ich nicht darüber hinweg, festzustellen, daß die Prinzipale immer im Vorteile sich behunden haben, und dies nur möglich war, ich betone dies immer wieder, indem die Prinzipale es immer nur dann zu Verhandlungen kommen ließen, wenn die Zeit für sie günstig schien und dann obendrein noch oft Verflechtungsanträgen operierten. Eine Zahl, die, wie schon bemerkt, immer den Erfolg hatte, daß sich die Gehilfenvertreter forsetzten in der Abwehr befanden. Und hier muß sich die Verbandsleitung, Gehilfenvertreter, aber auch die Gesamtkollegenchaft die erste Frage vorlegen, kann unter diesen Umständen an dem alten System festgehalten werden? Auf alle Fälle muß ich dem Kollegen Schröder (Halle) recht geben, der in seinem Artikel davor warnt, den Tarif über die Organisation zu stellen (Eine Selbstverständlichkeit! Red.), sonst könnte der alte, uns allen am Herzen liegende Verband eine Erschütterung erleben von großer Nachwirkung.

Kollege Bertram betont, die gegenwärtigen Machtverhältnisse und die gesamte Wirtschaftslage ständen uns im Wege. Triff dies nicht zu bei andern Berufsgruppen, die höher im Lohne stehen und gegenwärtig wieder ganz andre Forderungen stellen? Dann wird behauptet, Oktober v. J. wäre eine ungünstige Zeit gewesen, es hätte eine große Arbeitslosigkeit geherrscht. Zugegeben! Aber Kollege Bertram hat vergessen zu betonen, daß die große Arbeitslosigkeit auch zum Teil auf das Schuldkonto der Prinzipale zu buchen war, die systematisch Sabotage übten und Betriebe stilllegten. Ich verweise hierbei auf den Artikel des Kollegen Albrecht (Berlin) Ende v. J. betreffs Eiltenfeld (Berlin).

Kollege Bertram wirft dann die Frage auf, ob es zweckmäßig ist, alle idealen Errungenschaften auf tariflichem Gebiete preiszugeben um materieller Vorteile willen? Ja, aber müssen wir denn ideeller Fragen wegen, die eventuell in Gefahr stehen, immer und immer wieder nachgeben? Sind wir so schwach, diese Errungenschaften preisgeben zu müssen bei einem eventuellen Kampfe? Auch hier bin ich Optimist. Man soll doch nicht außer acht lassen, daß die Verhältnisse sich wesentlich etwas geändert haben zu unsern Gunsten, indem die Gesamtpersonale der Betriebe, Kopf- und Handarbeiter, enger zusammenstehen und kein Tola von den Vermögenslagen, die im Betriebe durchgeführt worden sind auf Grund tariflicher Vereinbarungen, preisgegeben würden. Und was kleinere Betriebe anbetrifft, namentlich auf dem Lande, so sei doch zugegeben, daß da in der Durchführung ideeller Ernungenschaften noch manches zu wünschen übrig bleibt und vieles nur auf dem Papier steht.

Ich will zum Schluß kommen. Mögen Meinungsverschiedenheiten bestehen in bezug auf Richtung und Wege, die unsre Organisation in Zukunft einzuschlagen hat zur Erbringung einer besseren Existenzmöglichkeit. Das eine steht fest: von der Vergangenheit können wir nichts lernen, wenigstens nicht von der letzten, in die Zukunft haben wir

zu schauen! Und festzustellen ist, daß die große Mehrheit der Kollegen für die Zukunft andre Wege eingeschlagen wissen will! Am 19. September und folgende Tage wird es sich zeigen, wer der Stärkere ist. Die Gehilfenvertreter kennen jezt die Meinung der Gehilfenchaft, sie ist im „Korr.“ zum Ausdruck gekommen! Handelt danach, bleibt fest, dann eribrigt sich eine fröhlich Leben wollen wir, nicht weiter vegetieren!

Sollingen. **Jos. Mombauer.**

Führerverantwortlichkeit!

Es ist gewiß ein sehr lobenswertes Beginnen, wenn dann und wann mal aus unsren Reihen darauf hingewiesen wird, daß der aktive Wirtschaftskampf schließlich nur immer das letzte Mittel zur Erringung besserer Lebensbedingungen sein darf, wenn die Führer der Massen davon überzeugt sind, daß sich auch noch mit andern weniger opfervollen Mitteln zeitnotwendige Verbesserungen erreichen lassen, wie dies in Nr. 98 durch den Kollegen K. D. (Leipzig) geschehen ist. Zu gewissen Zeiten ist diese Feststellung wohl am Platze; zur Zeit aber den in so trauriger Lebenslage befindlichen Buchdruckern eine Belehrung darüber zu halten, daß es da und dort, wo einige hübsche Vorzüge einzelner Organisationsstellen einen nach außen hin scheinbar günstigen Verlauf genommen haben, hinter den Kulissen aber in der Regel ganz anders aussieht, halte ich gerade jetzt nicht nur für sehr bedenklich, sondern auch irreführend, einen solchen Artikel wie den in Nr. 98 von K. D. (Leipzig) erscheinen zu lassen. Ich nehme es dem Kollegen nicht übel, wenn er in seinem Artikel sich so viel Mühe gibt, sein Wissen über die Ursachen des so langsame Tempos bei unsren gewerkschaftlichen Erfolgen überzeugend darzulegen, daß er aber die viel näherliegenden Gründe dafür ganz überläßt und es lediglich damit begründet, daß neben der verhältnismäßig noch geringen Zahl der organisierten Arbeiterkräfte die Abwehrtenden der Arbeiterklasse zunehmen, ist wenig überzeugend. Wenn das so ohne weiteres stimmen würde, dann müßten aber trotz dieser zunehmenden Abwehrtenden gerade die schon seit Jahren in betrefr Mitgliederzahl prozentual am günstigsten dastehenden Organisationen dementsprechend bessere Erfolge aufweisen als die numerisch schwächeren Verbände. Zweitens wird in dem Artikel behauptet, daß die Durchführung der zur öffentlichen Ausrufung nicht immer geeigneten Gewerkschaftsdiplomatie zum größten Teile von dem Umfange des Vertrauens abhängig ist, das die Massen den Führern entgegenbringen, und hierin allein die Macht aller Führer und Massen liegt. Dieses im „Korr.“ schon so oft geforderte reifliche Vertrauen zu den Führern ist gewiß ganz entbehrlich notwendig, das weiß jeder aufgeklärte Arbeiter ganz von selbst; aber man liest niemals im „Korr.“ etwas davon, daß wir mit der gleichen Berechtigung Anspruch darauf haben, endlich mal auch von unsrer Führung mehr Vertrauen zu den von ihr gewerkschaftlich erzeugten Massen zu bekommen. Zu verlangen, daß diese Führung doch auch mal aus dem Schalle heraustritt und mit voller Überzeugungskraft zum Ausdruck bringt, daß es dem Freiheitsdrang und Kulturbedürfnisse der deutschen Buchdrucker ein Verursachungs ausstellen würde, wenn unsre Anführerideen geringer wäre, wie Kollege D. ganz zutreffend sagt, und wenn wir wirtschaftlich dauernd hinter der Masse der andern Arbeiterchaft herhinken sollten; das wäre wenigstens ein Signal, das von der ganzen deutschen Kollegenchaft mit beglücktem Widerhall aufgenommen werden würde.

Drittens betont Kollege K. D. mit allem Nachdruck, daß alle erfahrenen Arbeiterführer schon längst erkannt haben, wie gefährlich es für die Arbeiterchaft ist, ihre Kräfte in willkürlichen Einzelstreiks zu verzeteln. Gewiß ist das in der Theorie — richtig zu gewissen Zeiten. Bei gründlicher Prüfung dieser Theorie muß aber doch bei den jetzigen Verhältnissen mal gefragt werden, ob denn beispielsweise unsre Organisation etwa noch kräftiger dastehen würde, wenn die so vielfach verurteilten Aktionen in Bremen, Düsseldorf, Königsberg, Köln usw. nicht erfolgt wären? Diese durch den Hunger zur Selbsthilfe gezwungenen Kollegen haben, das muß auch einmal festgestellt werden, dem Ansehen und der Stohkraft unsres Verbandes nicht im geringsten geschadet; aber sie haben aller Welt und vielleicht auch unsrem — Zentralvorstande mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß der entscheidende Wille zur letzten Konsequenz, der Wille zum entschlossenen Kampfe, wenn auf andern Wege die Vernunft im Prinzipalslager keinen Zugang findet, in unsren Reihen tatsächlich in imponierender Weise vorhanden ist. Es sind die Stammeszeichen, die den sichbaren Entschluß kundgeben, daß die Kollegenchaft wie ein Mann geschlossen hinter den Verbandsvorstand treten wird, wenn er im richtigen Augenblicke zu handeln verbleht. Kollege K. D. verlangt ein unerhöhtliches Vertrauen der Masse zu den Führern, auch ich und noch radikalere Kollegen verlangen daselbe, wenn wir jedoch erleben müssen, daß z. B. ganze Mitgliedschaften in dem Bestreben, bessere örtliche Vereinbarungen zu schaffen, von unsren Unternehmern mit dem Bescheid abgewiesen werden: „Ja, wir würden letzten Endes wohl bewilligen, wenn der Tarifabschluss so beschaffen wäre“, so kann doch mit diesem Hinweis auf die in Berlin versagende Leistung des Vertrauens nicht wachsen. (Dah der Verfasser diesen Unternehmerrich nicht durchschaut, sondern darauf reingefallen ist, ist recht bezeichnend! Red.) In dieser Beziehung möchte ich Kollegen D. empfehlen, doch den Artikel aus Sollingen („Stichtisches zur Situation“) in Nr. 94 nochmal genau zu lesen.

Es ist ohne weiteres einzusehen, daß die Verbandsleitung sehr oft in die Lage kommen kann, von dem Worte Wehels: „Die Taktik ist mir oft wichtiger als das Prinzip“ — Gebrauch zu machen; ganz erklärlich. Aber

diese Taktik darf doch nicht Formen annehmen, die zur Schwächung des Ansehens unsrer Organisation führen muß. Eine erfolgreiche Taktik zur Durchführung materieller und ideeller Forderungen ist abhängig von den gegebenen wirtschaftlichen, Macht- und Konjunkturerhältnissen, und es wäre schon allein im Interesse überlegenen Gewerkschaftsdiplomatie geboten, in jeder Zeit solche Artikel, die die Erhaltung des gemerblichen Friedens um fast jeden Preis als Beweis einer genialen Gewerkschaftsstrategie propagieren, zurückzuhalten. Außerdem fällt es wohl mit unter das wichtigste Kapitel von Führerverantwortlichkeit, die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit darauf einzustellen, daß nicht der momentane Augenblicksgewinn oder Verlust für die Aufnahme des aktiven Kampfes maßgebend sein darf, sondern das von der Gesamtheit verfolgte Endziel Richtschnur sein muß. (Sehr richtig, das betrachten wir als unsre Pflicht! Red.) Und was erleben wir da wieder? Sind das wirklich die Männer der hohen Verantwortung, die von leitender Stelle aus uns vorreden, daß dieser und jener zur Selbsthilfe geschriftene Ortsverein zwar Erfolg gehabt habe, aber die erreichten Erfolge in keinem gesunden Verhältnisse zu den gebrachten Opfern stehen. Ach du lieber Himmel! Soll dies der dauernde Grundfuß unsrer Verbandsführung sein und soll sich die moderne sein wollende Gewerkschaftsbewegung wirklich nicht zu höheren Gesichtspunkten aufschwingen können? Wenn der augenblicklich persönliche Verlust oder Gewinn für großzügig anzupackende und die Massen mitreisende Handlungen allein bestimmend sein dürfte, dann wäre es wahrhaftig klugtraugig um das Menschenium bestellt. Dann würden ja z. B. die Urheber der 1848er und 1918er Revolution ganz homische Narren gemelten sein, daß sie im Bewußtsein der Gefahr ihres Eigentums und Lebens diese großen Opfer brachten und ohne Rücksicht auf ihre Person der gestellten Aufgabe und damit der Gesamtheit dienten.

Möge sich unser Verbandsvorstand endlich bewußt sein, daß die Kollegenchaft Deutschlands bisher in der Mehrheit Disziplin auch da gehalten hat, wo die Verhältnisse oft zum Berzweifeln waren und deshalb nun um so erwartungsvoller auf den Verlauf der nächsten Tarifausschließung blicken, daß dieselbe Kollegenchaft aber auch im gegebenen Falle das von der Leitung in sie gelebte Vertrauen vollst rechtlichertigen wird. Erst wenn unsre Leistung einmal so viel Vertrauen zu der ganzen deutschen Kollegenchaft haben wird, wie man es nach all den Stimmen im „Korr.“ und in den bewegten Versammlungen eigentlich erwarten dürfte, wird sie auch bald zu der Überzeugung kommen müssen, daß die deutschen Buchdrucker nur in den Sattel zu setzen sind, und dann wird unser Prinzipialität bald die Erlaubung machen, daß wir zu reiten, zu kämpfen verstehen.

Hamburg.

Job. Schmidt.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Braunschweig. Die outbeluchte Bezirksversammlung am 28. August in Wolfenbüttel hatte einige Aufnahmen zu vollziehen, nahm den Kassenbericht entgegen und erteilte dem Kassierer Entlastung. Sodann herrschte Vorherrscher Reuter über unser örtliches Vorgehen. Auf Anregung aus Mitgliederkreisen wurde eine Versammlung der Vertrauensmänner und Betriebsräte einberufen, die sich mit der ständig stehenden Steuerung befahte. Die Versammlung fahte einstimmig folgende Entschliebung: „Die Betriebsräte und Vertrauensmänner der Buchdruckereien Braunschweigs eruchen den Verbandsvorstand, in Anbetracht der Noilage der Gehilfen dahin zu wirken, daß neue Tarifverhandlungen unverzüglich in die Wege geleitet werden.“ Außerdem wurde der Vorstand beauftragt, betrefrs einer Sonderzulage mit den hiesigen Prinzipalen zu verhandeln. Die Verhandlungen sind eingeleitet, aber zur Zeit noch nicht zum Abschluß gebracht. Hierzuland nahm die Bezirksversammlung in ausgiebiger Weise Stellung zu der bevorstehenden Tarifausschließung; folgende Entschliebung wurde einstimmig gefaht: „Die am 28. August tagende Versammlung des Bezirksvereins Braunschweig des Verbandes der Deutschen Buchdrucker fordert von dem am 19. September zusammentretenden Tarifausschusse, daß er die Löhne der Gehilfenchaft insoweit erhöht, daß sie nicht nur der enorm gestiegenen Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel entsprechen, sondern sich auch der Geldentwertung im allgemeinen in ausgleichendem Maß anpassen. Der Lohnerhöhung ist in Anbetracht der Tatsache, daß die übermäßige Verteuerung aller notwendigen Lebensmittel gerade in den letzten Wochen von den Gehilfen am drückendsten empfunden wurde, rückwirkende Kraft bis zum 15. August zu geben. Sollte die Prinzipalität, wie bisher, auf ihrem kleintlichen und engberigigen Standpunkte verbarren und die Gehilfenchaft wieder mit einigen Mark abzupfeifen versuchen, so erklären sich die Gehilfen des Braunschweiger Bezirks zu allen Opfern bereit, die erforderlich sind, um sich die Mittel für ein einigermaßen menschenwürdiges Durchkommen zu erkämpfen.“ Die Vertrauensmänner aus den Bezirken, die fast vollzählig erschienen waren, berichteten dann über die Verhältnisse in den einzelnen Druckereien. Im allgemeinen konnte man wohl mit dem Resultat zufrieden sein, und lagen, es herrscht tarifliche Ordnung.

Dresden. (Machinenseher.) Am 21. August fand mit zahlreicher Beteiligung eine Wanderversammlung in Wilsdruff statt, zu der sich auch die Kollegen von Meissen, Pöschelappell, Rabenberg und Podwils eingeschunden hatten. Als Gäste nahmen daran teil die größte Anzahl der Kollegen von Wilsdruff. Vorherrschender Mäher fürstliche seinen begrüßenden Worten Mitteilungen betrefrs dritte

Schick und Anlernen an Sehmashinen an, wester wies er auf die erneuten Feuerungserscheinungen hin, denen eine erhebliche Lohnaufbesserung folgen müsse, und machte zur Geschlossenheit. Hierzuland hielt Kollege Leudert einen Vortrag: „Blut und Eisen“. Der Dualismus von Mensch und Maschine wurde in trefflichen Schilderungen vor Augen geführt. Reicher Beifall wurde gependelt. — Der Verlammlung voraus ging eine herrliche Wanderung durch das Saubachtal, nach Anhalten in Wilsdruff wurde die Buchdruckerei Zichunke besichtigt, dann fand gemeinliche Mittagsstafel statt. Die gute Durchführung verdient der Firma Zichunke wie den Wilsdruffer Kollegen gegenüber viel Dank und Anerkennung. Es war ein schöner Kollegenlag.

Erfurt. In der am 26. August abgehaltenen Versammlung wurde nach Genehmigung des Kassenberichts vom Juli und Erledigung dreier Aufnahmegerufte Stellung zu den bevorstehenden Verhandlungen des Tarifausschlusses genommen. Von allen Rednern wurde nachdrücklich betont, daß es der Gehilfenchaft keinesfalls mehr möglich sei, mit dem niedrigen Lohne sich und ihre Familien über Wasser zu halten. Die Lohnerhöhung müsse diesmal eine wirklich durchgreifende sein, die Gehilfenvertreter dürften sich nicht mit Bettelfleinnigen abgeben lassen usw. Es waren Anträge gestellt, den Gesamtlöhne zu verdoppeln oder den Lohn nach den Weltmarktpreisen zu bemessen. Schließlich einigten sich alle Kollegen auf einen Antrag, der außer der Feuerungszulage eine 100prozentige Erhöhung des Grundlohns fordert, so daß das Minimum z. B. in Erfurt betragen würde in Klasse C für Verheirathete: Grundlohn 158,10 Mk., hierzu eine 100prozentige Erhöhung = 158,10 Mk. und Feuerungszulage 78,50 Mk., insgesamt also 394,70 Mk. Das soll aber das Mindestmaß dessen sein, was die Gehilfenchaft haben muß, um existieren zu können. Wenn mit der Bewilligung des Antrags auch noch kein Ausgleich gegenüber der Verteuerung geschaffen ist (denn der Lohn würde dann 12—13mal so hoch als vor dem Kriege sein müssen, während die Lebensmittelpreise usw. jezt schon im Durchschnitt 17—18mal so hoch sind), so könnte aber doch immerhin einigermaßen damit gewirkt werden. Bei Ablehnung des Antrags sollen die Gehilfenvertreter die Verhandlungen abbrechen und der Verbandsvorstand beauftragt werden, die Gehilfenchaft zum Kampfe für ihre berechtigten Forderungen aufzurufen.

Oera. Unsre Versammlung am 29. August hatte einen sehr zahlreichen Besuch aufzuweisen, nur wenige Kollegen fehlten. Ein Zeichen, daß sie einig und geschlossen sind, wenn es gilt, ihre traurige Lebenslage zu verbessern. Galt es doch, Stellung zu nehmen zu der bevorstehenden Tarifausschließung. Die Versammlung stimmte einstimmig einer Entschliebung des Bezirks Frankfurt a. M. zu, wonach der Grundlohn-einstichlehtlich Lokalaufschlag um 100 Proz. erhöht werden soll. Auch die Wirtschaftsbefähigen sind in der bisherigen Höhe weiterzuzahlen. Die Versammlung beschloß dann einstimmig, um die Not einigermaßen zu lindern, zwecks Erlangung einer Beihilfe mit den Prinzipalen in Verhandlungen zu treten. Da der hiesige Stadtrat eine städtische Druckerei errichten will, nahm die Versammlung auch hierzu Stellung. Nachdem die Prinzipale eine ablehnende Stellung eingenommen hatten, konnten auch die Gehilfen aus idealen und wirtschaftlichen Gründen dem Projekt nicht zustimmen. Nachdem die Firma Müllergesellschaft für Formularbedarf in Mühlendorf vom Tarifschiedsgerichte verurteilt worden ist, die Leistungszulage weiterzuzahlen, die sie bis Ende Januar bezahlte, trotzdem sich aber weigert, die Zulage zu bezahlen und alle Verhandlungsmöglichkeiten abgelehnt hat, haben die Kollegen die Arbeit am 11. August geschlossen niedergelegt.

Jena. (Machinenseherverein.) Unser Verein, der zur Zeit 35 Mitglieder zählt, hatte anläßlich seines 23. Sitzungstages am 20. August d. J. Gelegenheit, den Vortrag des Kollegen Weich (Leipzig) über „Neuzeitliche Druckverfahren“ zu hören. In gründlicher Weise und an Hand reichhaltigen Materials führte er uns vor Augen, wie die neuen Druckverfahren dem Buchdrucker gefährlich werden. Die ausgelegten Morfamilarbeilen in Offsetdruck und des Manuldruckes boten uns keine rosen Aussicht für die Zukunft, um so mehr müßten wir zusammenstehen und mit offenem Blicke die Entwicklungen verfolgen. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten.

Kurhaven. In unsrer letzten Versammlung wurde Stellung zur tariflichen Situation genommen. Nach einem eingehenden Referat des Kollegen Melzer (Hamburg), der die getroffenen Vereinbarungen als vollständig ungenügend bezeichnete, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung stellt sich gegen den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums ab, da das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen die wirtschaftliche Noilage der Buchdruckergehilfen in keiner Weise besser. Unter Anerkennung aller Schwierigkeiten kann die Versammlung nicht umhin, zu erklären, daß die Gehilfenvertreter vielleicht zu spät zu der Einsicht kommen werden, daß die Erbitterung unter der gesamten Kollegenchaft eine tiefere und ernstere ist, als sie jezt angenommen haben. Die hiesigen Buchdruckergehilfen verlangen vom Verbandsvorstande, daß dieser sofort in neue Verhandlungen eintritt, durch die eine wirtschaftliche Verbesserung unbedingt erreicht wird. Die Versammlung protestieren ferner gegen das Verhalten des „Korr.“ anläßlich der bereits an verlebten Orten eingetretenen Kämpfe. Die Kollegenchaft fordert ferner für Kurhaven gleich den Beamten die Lohnklasse A.“

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuzahlen.

Beilage zu Nr. 104 — Leipzig, den 8. September 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Gewerkschaftsrevue

Meist als je zuvor sind die Arbeiter heute an wirtschaftlichen Fragen interessiert. Sie haben erkannt, daß sie selbst durch ihre produzierende Tätigkeit ein maßgebender Faktor sind und daß die Grundlage aller Wirtschaftspolitik von der Stellung des Arbeiters in der Warenerzeugung abhängt. Damit stehen zugleich die Gewerkschaften einer gegen früher vollständig veränderten neuen Situation gegenüber. Sie bilden zweifellos die eigentlichen Träger und das vorwärtstreibende Element der sozialen Revolution, die die wirtschaftliche und soziale Befreiung aller werktätigen Volksgenossen zum Ziele hat. Eben darum müssen die Gewerkschaften mehr noch als früher nicht allein Kampfesvereinigungen sein für eine bessere Lebenshaltung, für eine vernunftgemäße Wirtschaftsordnung, sondern sie haben einen geistigen Mittelpunkt zu bilden für die Umgestaltung der wirtschaftlichen Einrichtungen der Menschheit. Mit andern Worten: die Gewerkschaften haben nicht bloß erhöhte Löhne zu erkämpfen, dem Kapitalismus Vorwürfe abzutreiben, sozialpolitische Maßnahmen zu fordern, sondern sie haben die erhöhte Pflicht, die nötigen Vorbedingungen zu schaffen zu helfen durch ihren Einfluß auf die Wirtschaftsgebarung, Herstellung, Preisstellung und Vertrieb der produzierten Waren. Für jeden, der weiß, daß das Wirtschaftswesen einem feingegliederten Nadelwerke gleich ist, in das gewolltame Eingriffe von selbst verbielen, ist es ohne weiteres klar, daß die wirtschaftliche und soziale Befreiung der Arbeiterklasse nicht mit einem Schlage durchgeführt werden kann. Eine neue Wirtschaftsordnung erreichen wir nicht durch plötzlichen Antritt der Herrschaft, sondern nur durch schrittweise Durchföhrung des darauf gerichteten Willens und durch planmäßige Überwindung der diesem Willen entgegenstehenden mächtigen Hindernisse.

Die gegenwärtigen Zeitverhältnisse weisen uns besonders deutlich darauf hin, daß trotz der von jedem denkenden Arbeiter für unabwiesbar notwendig gehaltenen Erweiterung ihres gewerkschaftlichen Aufgabekreises die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften nach wie vor die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bleibt. In dieser Beziehung stehen den meisten Arbeiterorganisationen schwere Kämpfe bevor. Wir befinden uns in einer Krise schätzmittler Art, und zwar in einer solchen, die wesentlich andere Merkmale aufweist als die früheren Wirtschaftskrisen, die entstanden aus einer gewaltigen Überfüllung des Warenmarktes infolge unplanmäßiger privatkapitalistischer Produktionssteigerung. Heute steht die Produktion und die Warenerzeugung in allen Ländern, obwohl alles nach Gegenübersätzen förmlich hungert. Damit steht eine Arbeitslosigkeit im engsten Zusammenhang, die im Auslande noch weit schlimmere Formen angenommen hat als bei uns. Es handelt sich hier offenbar um die Folgen des Weltkrieges und seiner vielen Nachwirkungen, unter denen alle Länder mehr oder minder stark zu leiden haben. Unter den am schwersten in Mitleidenenschaft gezogenen Staaten steht Deutschland in vorderster Reihe. Der fortgeleitete Verdrückung der Papiermark verleierte die ohnehin bestehende Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse in einer Weise, die ohne entsprechende Lohnerhöhungen unerträglich ist. Nicht nur Brot und Kartoffeln, sondern auch alle sonstigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände steigen weiter im Preise. Dazu drohen in naher Zukunft noch sehr beträchtliche Erhöhungen der indirekten Steuern, die nach aller Erfahrung die Arbeiterklasse am schwersten belasten.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Arbeiterklasse dagegen wehrt, wenn von neuem verluht wird, Niemen aus ihrer Haut zu schneiden. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat es für notwendig gehalten, zu der bedrohlich gewordenen Situation im Wirtschaftsleben alsbald Stellung zu nehmen. In einer von uns bereits in Nr. 102 in vollem Wortlaut mitgeteilten Entschließung ruft der Bundesausschuß die deutsche Arbeiterklasse auf, sich gegen die drohende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung mit aller Kraft zu wehren zu sehen. Die Gewerkschaften, die rechtzeitig warnen und die Preisverwertung vergeblich bekämpfen, hätten jetzt die Pflicht, den Kampf der Arbeiter um ausreichende Lohnerhöhungen mit allen Mitteln zu unterstützen. An die Adresse der Arbeitgeber aller Berufe und Industriezweige wird die Mahnung gerichtet, nicht durch Abwehlung der notwendigen Lohnforderungen große Arbeitskämpfe und die sich daraus ergebenden neuen Erschütterungen des Wirtschaftslebens hervorzurufen. Erneute Mißbilligung der Regierung und Behörden sowie aller derjenigen, denen die Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft obliegt, ist es, der Arbeiterklasse in ihrem Existenzkampfe tatkräftig beizustehen.

Gleichzeitig mit der Spitzenorganisation der Gewerkschaften ist auch die Unternehmerzentrale auf dem Plane erschienen. Der Große Ausschuß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat den Tarifausschuß dieser Vereinigung beauftragt, sich mit den Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung zu beschäftigen. Der Tarifausschuß hat dies getan und war

auch schnell bei der Hand mit seinem Urteil: er erklärte „die mit unverantwortlicher Übertreibung der Dinge in der Öffentlichkeit geführte Agitation sowie die darin zum Ausdruck gebrachten Forderungen als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt“. Dementsprechend wird beklagt, daß die Preisverhöhung und das Ansehen der sonstigen Kosten der Lebenshaltung ein solches Ausmaß angenommen habe, daß die neuen Forderungen auf Lohnerhöhung begründet seien. Dann heißt es weiter in der Erklärung des organisierten Unternehmertums:

Eine lediglich auf die Kosten der Lebenshaltung abgestellte Lohnpolitik kann die Volkswirtschaft nach Annahme des Ultimatum nicht mehr verantworten. Wenn bei Erneuerung von Tarifverträgen die Verhältnisse eine Revision der Lohnsätze rechtfertigen sollen, muß vor allem auch die ernste Lage unserer Wirtschaft, wie sie sich unter dem Druck des Ultimatum gestaltet hat und noch weiter gestalten wird, berücksichtigt werden. Dabei bedarf es der in den weiten Kreisen der Öffentlichkeit und nicht zuletzt der Arbeiterklasse noch lebenden Einsicht, daß der durch das Ultimatum der Entente auf der deutschen Wirtschaft fallende Druck auch die vor dem Siege möglich gewesene allgemeine Lebenshaltung des deutschen Volkes herabdrückt, und daß ohne eine Steigerung der Arbeitsleistung eine Hebung der heutigen Lebenshaltung für den einzelnen und für die Gesamtheit nicht zu erwarten ist.

Die deutsche Volkswirtschaft wird deshalb in Zukunft höhere Aufwendungen für die Entlohnung nur dann machen können, wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolgt und zu diesem Zwecke auch die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionshemmenden Bestimmungen freigemacht wird.

Mit diesen Worten wird hier von der Scharmacherzentrale der Arbeiterklasse bedeutet, daß man auf jener Seite die Erfüllung der dem deutschen Volke auferlegten Lasten des Verfallenen Vorkrieges nicht anders ermöglichen zu können glaubt als durch eine noch weitere Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse und durch eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit. Mit einer verletzten Arbeiterklasse ist aber nie und nimmer ein wirtschaftlicher Aufstieg Deutschlands denkbar! Schon jetzt ist der deutsche Arbeiter der schlechteste bezahlte in der Welt, dagegen erzielen viele deutsche Unternehmer mühselig Nietenverdienste infolge ihrer Jagd nach hohen Preisen unter der Parole Anpassung an die Weltmarktpreise. Eine grenzenlose Erbitterung muß sich der Arbeiter bemächtigen, wenn sie sehen, wie die Gewinne der Unternehmer fortgesetzt wachsen, wie deren Lebenshaltung sich immer üppiger gestaltet, während ihnen vom Unternehmerium zugemutet wird, ihre an und für sich schon traurige Lebenshaltung noch mehr einzuschränken. Mit Recht wurde es vom Bundesausschuß des ADGB, als eine ernste Pflicht der Regierungen und Behörden sowie aller derjenigen bezeichnet, denen die Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft obliegt, der Arbeiterklasse in ihrem Existenzkampfe tatkräftig beizustehen. Die Reichsregierung sollte es offen aussprechen, daß ohne Angleichung der Löhne an die erzielten Weltmarktpreise kein Ausweg aus der heutigen Situation zu finden ist. Weltmarktpreise bedingen auch entsprechende Löhne. Die Zustände auf dem Lohngebiete fordern dringend die Einführung gleitender Lohnskalen.

Und dann noch ein Wort zu der geforderten Arbeitszeitverlängerung. Ein guter Beweis dafür, daß sich der Achtstundentag in Deutschland aufs beste ausgewirkt hat, ist in der Tatsache zu erblicken, daß die Arbeitslosenzahl bei uns geringer ist als in allen übrigen Industrieländern. Wenn heute von (sonangebenden deutschen Unternehmern geflüstelt wird, daß die Einführung des Achtstundentags für das Daniederliegen des deutschen Wirtschaftslebens verantwortlich zu machen, so muß darauf hingewiesen werden, daß schon lange vor Kriegsausbruch dank der Anstrengungen der Gewerkschaften in den bedeutendsten Produktionsgebieten eine Arbeitsdauer vorherrschend war, die um nichts oder nicht viel über den Achtstundentag hinausging. Jetzt tut man auf Unternehmerseite so, als ob man bereit wäre, den durch Mehrarbeit erzielten Gewinn der Volksgemeinschaft zugute kommen zu lassen, obwohl in praxi doch nur die Kapitalisten daraus vermehrten Nutzen ziehen würden. Die deutsche Arbeiterklasse wird daher die Notwendigkeit einer verlängerten Arbeitszeit niemals anerkennen und sich um so härter gegen eine Beilegung des Achtstundentags wehren, solange noch so viele Schmarober in Deutschland vorhanden sind, die ohne jede produktive Tätigkeit auskommen und dabei nicht wissen, wie sie ihr Geld verprassen und die Zeit totschlagen sollen.

Was schließlich noch die von den Unternehmern geforderte Beteiligung aller produktionshemmenden Bestimmungen aus den Tarifverträgen, d. h. der im Arbeiterinteresse liegenden, für den Arbeiterkampf unerlässlichen Bestimmungen, anlangt, so ist diese Forderung zurückzuführen auf die Tarifeindlichkeit des Unternehmertums im allgemeinen. Wir haben die gegen das Tarifvertragswesen gerichteten Bestrebungen auf Unternehmer-

seite erst lehtbin an dieser Stelle gekennzeichnet. Es ist indes notwendig, zu betonen, daß sich in bezug auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik die gewerkschaftliche Schulung und Disziplin erweisen muß, damit den Unternehmerdiplomaten nicht Wasser auf ihre Mühlen geleitet wird. Die alte Regel: Wenn wir tun, was der Gegner wünscht, haben wir drei Viertel verspielt oder schon ganz, verdient Beberzigung auf Arbeiterseite! Deshalb kein blindwütiges Loschlagen auf Tarifverträge im allgemeinen, sondern ein kluges Maßhalten auch dann, wenn das gesteckte Ziel nicht mit einemmal erreicht wird. In diesem Zusammenhang verdient noch auf einen Umstand aufmerksam gemacht zu werden, den auch die „Leipziger Volkszeitung“ bei ihrer Beleuchtung des Jenaer Parteitag der Kommunisten scharf betonte. Es wurde u. a. darauf hingewiesen, daß die Kommunisten die durch die gegenwärtige Situation gebotene Gelegenheit lediglich auszunutzen möchten zur Entfesselung des Machtkampfes, der ihnen die ganze Gewalt geben soll. Sehr deutlich hieß es dann:

Zu diesem Zweck wollen die Kommunisten die Lohnbewegungen, die die Feuerungswellen gebären werden, steigern, einheitlich zusammenschließen, über sich hinausstreben, und dazu haben sie die agitatorische Parole der hundertprozentigen Erhöhung aller Löhne, Gehälter, Invalidenrenten und Unterstellungen aufgestellt. Vor diesen Forderungen sollen die anderen Arbeiterparteien und die Gewerkschaften gespalmt werden. Das vom Parteitag beschlossene Manifest, das die Forderungen mit einigen populären politischen Postulaten in zwölf Punkten zusammenfaßt, soll den Kommunisten zur Einleitung einer neuen Abpflitterungsaktion von den sozialdemokratischen Parteien dienen. Es wird wieder eine „Einheitsfront“-bewegung, wie sieherzeit mit dem Offenen Briefe, zu machen verluht werden. Man wird freilich diesmal nicht sofort an die Spitzenkörperchaften der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien herantreten, weil man weiß, welche Antwort den Spekulant gegeben werden wird. So will man die Bewegung erst unten in den Massen entfesseln, damit diese dann auf ihre Zentralvorstände den nötigen Druck ausüben. Es wird die Aufgabe unserer Genossen sein, diesem Treiben von Anfang an mit der richtigen Aufklärung der Arbeiter über ihre wahren Interessen zu begegnen. Das bedeutet aber nicht bloß eifrige Arbeit im Partei-rahmen, sondern darüber hinaus kräftige Vertretung unserer Erkenntnisse in den Betriebsräten, Belegschaftsversammlungen und Interparteilichen Wirtschaftskonferenzen, mit deren Hilfe die Kommunisten ihren Vorschlag glauben machen zu können. Tun unsere Genossen hier ihre Pflicht, so wird der kommunistische Spuk schnell zerfallen, so glänzig die traurige Wirtschaftslage auch der Saat der radikalen Phrasen und der Putschtaktik sein mag, die vielen schweren Opfer des Märzputsches dürfen von der deutschen Arbeiterklasse nicht unsonst gebracht worden sein.

Dieser berechtigten Warnung der „Leipziger Volkszeitung“ braucht auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus kein Wort hinzugefügt zu werden. Die Führung der Lohnpolitik ist und bleibt die ureigene Angelegenheit der Gewerkschaften. Es mehren sich die Fälle, wo unter offenem Bruch der bestehenden Tarifverträge mit Hilfe der Ortsausschüsse des ADGB, durch Kommunisten verluht wird, die sämtlichen örtlichen Gewerkschaften zu Massenaktionen aufzurufen. Auf diese Weise werden die Zentralverbände stark verhinert, ihre Kraft zu konzentrieren, um für die Gesamtheit der Mitglieder einen Lohnausgleich herbeizuföhren, zumal dann, wenn solche örtliche Bewegungen von den Unternehmern zum Anlaß von Ausperrungen benutzt werden, wie das in verschiedenen Gewerben gegenwärtig der Fall ist. Es wäre unverantwortlich gebandelt, wenn den Gewerkschaften die ungeheure Belastungsprobe, vor der sie stehen, aus parteipolitischen Beweggründen noch erschwert werden würde.

Die gewerkschaftliche Einheitsfront bedarf gerade jetzt des stärksten Schutzes gegen Verletzung oder Durchbrechung! Sie allein bietet die Möglichkeit, alle Arbeitenden zusammenzuführen. Die Zerreißung der politischen Einheitsorganisation hat es bisher verhindert, daß die Arbeiterklasse, der Bedeutung des durch die Revolution Erungenen vollast bewußt, kraftvoll eintritt für die Sicherung der Republik. Nur eine politisch einig und geschlossene Arbeiterklasse vermag der Reichsregierung eine entschlossene Politik gegen reaktionäre Bestrebungen aller Art aufzuzwingen. Die Notwendigkeit einer solchen Politik kann nicht besser erwiesen werden als durch den Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der anständig der bestfälligen Erthorung des Reichstagsabgeordneten Eraberger an alle Arbeiter, Angestellte und Beamte in folgender Form erging:

Schon seit Monaten redt — täglich läutner — die Reaktion ihr Haupt. Da die politische Zerrissenheit und die dadurch entstehenden politischen Verhältnisse die Durchführung der am 20. März 1920 mit Regierung und Regierungsparteien getroffenen Vereinbarung hinderten, die notwendige Sicherung für den Bestand der demokratischen Republik also fehlte, glaubten die Reaktionsäre, ihre Zeit sei gekommen.

Die Republik und ihre Einrichtungen sind Gegenstand wahnwüthiger Beschimpfungen und schwerer Angriffe. Veranstaltungen ehemaliger militärischer Formationen unter Teilnahme von Angehörigen der Reichswehr münden in Verunglimpfungen und Beleidigungen der republikanischen Demokratie aus, ein gewisser Teil der nationalistischen Presse peitscht verächtlich und offen zum politischen Mord auf.

Diesen hochverrätherlichen Bestrebungen und Handlungen gegenüber zeigen Organe der Justiz eine auf fallende und ausgesprochene parteiliche Milde. Symptomatisch für die innere politische Situation Deutschlands sind die politischen Morde, zuletzt die an Gareis und Erzberger.

Die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen riefen am 29. August an den Reichskanzler die mündliche Aufforderung, diesem schamlosen Treiben der Nationalisten nachdrücklich entgegenzutreten und alle Maßnahmen zum Schutze der Republik zu ergreifen. Darüber hat die Presse berichtet, ebenso über die Aufstellung des Reichskanzlers, der rüchichtslose Beilegung der eingetretenen Mißstände bestimmt versprach und die Mitwirkung der organisierten Arbeitnehmer lebhaft begrüßt.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Mit dem geschilderten Schriff eurer Vertreter kann es nicht sein Bewenden haben. Auch die fakträchtigste Zeitung des Reiches wird die inneren Feinde der demokratischen Republik — die Nationalisten — nur so lange und so weit niederhalten können, als sie unterstützt wird von der überzeugten Mitarbeit der republikanisch gesinnten Bevölkerung des Reiches. Scharf euch darum zusammen zum Schutze der republikanischen Demokratie, vergeht, was euch sonst trennen mag, laßt allen Bruderwitz und vereintigt euch mit allen, die guten Willens sind, die Widersacher der Republik zurückzudrängen, damit die Reaktion erkennen muß, daß sie einem geflohenen Bloch des arbeitenden deutschen Volkes gegenübersteht.

Der Ruf der obersten Gewerkschaftsleitung ist nicht ungehört verhallt. In riesigen Protestveranstaltungen hat die gesamte Arbeiterchaft kundgetan, daß sie gewillt und entschlossen ist, für die Sicherung und Erhaltung unserer republikanischen Staatsverfassung und damit der Errungenschaften der Revolution einzustehen. Heraus zur Befestigung der Rechte der Arbeiterchaft! So klingt uns heute überall entgegen. Freiheit erstreben wir zur Söhnerentwicklung unserer Wirtschaft! Nie wieder sollen Gewalten über uns herrschen, die zerstörenden Kräfte des Fortschritts leisten! Die Arbeiterchaft hat es fast, Militärvereinsmaskeraden als Mittel zu reaktionären Zwecken über sich ergehen zu lassen. Lediglich aus der politischen Uneinigkeit und Zerrissenheit des Proletariats schöpfen die Nihilisten aus der kaiserlich-königlichen Zeit den Mut zur offenen Propaganda für ihre staatsverrätherlichen Ziele, die selbst vor dem politischen Mord nicht zurückbleiben. Aller Augen richten sich jetzt nach Bayern, dem hauptsächlichsten Zufluchtsort der politischen Reaktionäre unter dem Schutze der bayerischen Regierung. Die bayerische Arbeiterchaft hat gewissermaßen als Stoßtrupp den Kampf gegen die Konterrevolution zu führen. Erst in den jüngsten Tagen haben in Nürnberg wichtige Besprechungen von bayerischen Gewerkschaftsvertretern stattgefunden, an denen auch die beiden Vorsitzenden des ADGB, aus Berlin teilnahmen. Gegenstand der Aussprache war die gebieterische Lösung des gegenwärtigen Konflikt zwischen Bayern und dem Reich, der auch die Interessen der Gewerkschaften stark berührt. Die entscheidenden Beschlüsse werden erst von dem zur Zeit tagenden Reichsausschuß der Gewerkschaften Bayerns gefaßt werden. Gleichzeitig mit den Besprechungen der Gewerkschaften fand eine Konferenz der beiden sozialdemokratischen Parteien statt, an der führende Politiker aus allen Teilen Bayerns sowie der Parteivorstand der SPD teilnahmen. Aus alledem geht hervor, welche Bedeutung der Sicherung der republikanischen Staatsverfassung als Fundament für den Aufbau unseres Wirtschaftslebens von der Mehrzahl der Arbeiterchaft beigelegt wird. Schon jetzt besteht kein Zweifel daran, daß die bayerische Arbeiterchaft geschlossen hinter der Reichsregierung steht und bereit ist, das Kabinett Wirth mit allen Mitteln zu schützen. Die Not der Zeit hat die Arbeiter aller Parteirichtungen auf der Basis gewerkschaftlicher Zusammenarbeit einander näher gebracht. Sollenlich liegt die Wiederherstellung auch der politischen Einheitsfront der Arbeiterklasse nicht mehr in weiter Ferne!

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Tarifamtliche Stellenvermittlung. Ein schwerkrankschädigter Gelehrter, der auch das Korrektorenlesen mit übernimmt, wird nach Freiburg i. B. gesucht. — Zwei heimtückliche Buchdrucker: ein Linotypsetzer, 40 Jahre alt, verbeiratet, vier Kinder, sucht Mitte Oktober, und ein junger Alttypsetzer sucht baldigst Stellung. Stellenangebote vermittelt das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Die Reaktion in Bayern und die Zensurverbote. Die nationalistische Presse in Bayern sieht ihren Feldzug gegen Berlin unbehindert fort. Während erst das amtliche Bayern, soweit es die „Staatszeitung“ erkennen ließ, eingelenkten schien, muß jetzt das Gegenteil festgelegt werden. Die „Münchener Zeitung“ u. a. unterstützt offensichtlich nach Anweisung der durch die Rückkehr des Ministerpräsidenten zum Widerstande gegen die Reichs-

regierung neugegründeten Regierungsorgane die neuergeleitete Abwehrhaltung gegen das Reich. Diese neuerliche skrupellose Heße gegen die Reichsregierung sieht ganz so aus, als würde der Boden für eine Abtrennung vom Reich oder für eine offene Diktatur systematisch vorbereitet. Die bayerische Regierung soll sich aber über den Ernst der Lage nicht täuschen, zumal die Arbeiterchaft bereit ist, alles zu unternehmen, um die Reichseinheit zu schützen und den Maßnahmen der Reichsregierung Nachdruck zu verleihen. In Nürnberg haben am 5. September Besprechungen der politischen Arbeiterführer aus ganz Bayern und des Reiches aus diesem Grunde stattgefunden. Dem reichsfeindlichen Treiben der preußischen Offizierscliquen in München soll ein Ende gesetzt und die Aufhebung des bayerischen Zensurverbotes durchgesetzt werden. Verwirrungsversuche der Kommunisten sollen in dieser Bewegung hinten angehalten werden. Ebenfalls haben in Nürnberg am gleichen Tage Besprechungen von bayerischen Gewerkschaftsvertretern stattgefunden. Dieser Tage wird der Landesauschuß der Gewerkschaften Bayerns zusammenzutreten, um eventuell entscheidende Beschlüsse zu fassen, die sich auch gegen jede Sonderaktion der Kommunisten richten werden. Zensurverbote wären in Bayern gemäß der Reichsverordnung zum Schutze der Republik schon wieder sällig. Nach einer Z.N.-Mitteilung ist aber die bayerische Regierung durchaus nicht geneigt, dem Verbote der „Münchener-Anzeiger“ Abendausgabe, die am meisten gehaßt hat, nachzukommen. Das Verbot der „Hallischen Zeitung“, das inzwischen wieder aufgehoben ist, wurde schon vorher durchbrochen durch Herausgabe unter dem Titel „Deutscher Anzeiger“. Die „Hilpreußische Zeitung“ in Königsberg wurde nur auf drei Tage verboten. Der „Seinmalbock“ in Oera dagegen auf 14 Tage, wie die Verordnung vorseht. Auch kommunistische Zeitungen sind durch Verbot auf 14 Tage der Verordnung zum Opfer gefallen: „Tribüne“ in Halle, „Kommunist“ in Frankfurt a. M. und die „Rote Fahne des Ostens“ in Königsberg. Der beschlagnahmte „Miesbacher Anzeiger“ vom 2. September wurde noch am 3. September in den Berliner Vororten des Westens von Automobilen herab in vielen tausend Exemplaren an die Passanten verteilt.

Erhöhung des Bezugs- und Interaktionspreises. Auch der Zeitungsverlegerverein Nordwestdeutschland hat es auf seiner Tagung am 20. August in Hannover für wünschenswert gehalten, daß vom 1. Oktober ab der monatliche Bezugspreis für täglich erscheinende Zeitungen überall wo möglich um 1,50 Mk. und zweimal täglich erscheinende um 2,50 Mk. erhöht wird. Die Erhöhung des Anzeigerpreises um 20 Pf. sei das mindeste, was durchgeführt werden müsse. Gratisnotizen für den lokalen Teil sollen künftig abgelehnt werden.

Erhöhung des Zeitungspreises. Die Verhandlungen zwischen den Zeitungsverlegern und Papierfabrikanten führten zu dem Ergebnisse, daß der Preis für Zeitungsdruckpapier vom 1. Oktober bis 31. Dezember um 17,50 Pf. für 100 kg Rollenpapier, also auf durchschnittlich 348 Pf. erhöht wird.

Handbuch des Wissens. Unter diesem Titel wird künftig das Konversationslexikon vom Verlage Brockhaus in Leipzig erscheinen. Der Verlag erhielt in richtiger Erkenntnis, daß der Inhalt des Werkes über die allwärtliche Bezeichnung weit hinausgewachsen ist und die Allgemeinverständlichkeit durch den fremdsprachigen Ausdruck leidet, ein Preisauschreiben, aus dem die vorstehende Bezeichnung sogleich hervorgegangen ist.

Der japanische „Stribredakteur“. Die japanische Zensurbehörde, die zum Ministerium des Innern gehört, besteht von Fall zu Fall den Zeitungen, von welchen Dingen sie nicht sprechen dürfen. Daneben gibt es aber auch allgemeine Verbote, die sich auf folgende Dinge erstrecken: 1. dürfen keine Aufsätze gebracht werden, die sich mit einem in der Verhandlung befindlichen Prozeß befassen; 2. keine Geheimdokumente der Regierung; 3. keine wortgetreuen Wiedergaben der Reden bei den Sitzungen der öffentlichen Körperchaften; 4. keine Artikel, die dazu dienen können, Aufruhr und Unordnung hervorzuufen; 5. nichts, was dem Frieden und der Allgemeinheit Schaden kann und 6. endlich keine Aufsätze, die das Ansehen des kaiserlichen Hauses herabzusetzen geeignet wären. Wie man sieht, sind diese verschiedenen Gruppen sehr allgemein gefaßt, und es läßt sich in sie mehr oder weniger alles einordnen. Da nun eine Zeitung, die gegen die Zensurverbote verstößt, zu großen Geldstrafen verurteilt werden kann, so ist für die japanischen Journalisten wirtschaftlich Schweigen Gold und Neben Silber. Außer den Geldstrafen können aber auch Gefängnisstrafen verhängt werden, und da die Geldstrafen die Blätter bald bankrott machen würden, so zieht man die Gefängnisstrafen vor, zumal das japanische Strafgesetz statt der Geldbußen stets entsprechende Haftstrafen vorseht. „In jeder Zeitung“, so lesen wir in einem Aufsatz, „findet man einen Redakteur, dessen einziger Beruf darin besteht, die Gefängnisstrafen abzulösen, zu denen das Blatt verurteilt wird.“ Der Stribredakteur — bei uns zur Sagenhaften Figur geworden — ist also im Lande des Mikado sehr lebendig, und sein Amt ist nicht leicht.

Die Amtssprache. Das Reichsarbeitsministerium hat kürzlich Richtlinien über die Amtssprache herausgegeben, die weitest Beachtung verdienen. Die Hauptsätze lauten: 1. Der sprachliche Ausdruck muß klar und unabweisend sein. Vorzuziehen, die beachtet werden sollen, müssen so gefaßt sein, daß sie jeder — auch der weniger Gebildete — verstehen kann. Wer klar denkt, drückt sich auch klar aus. 2. Die Sprache soll einfach sein. Ein Kausalgefüge, das sich in verzierter und verwickelter Formeln gefaßt, ist ebenso abzulehnen wie jede andre Eitelkünsterei. 3. Die richtig gehandhabte Sprache ist ein Kunstwerk. Wohl-

klang der Worte muß sich mit Ebenmaß im Satzbau verbinden. Lange Schachtelsätze zerfallen dem Ebenmaß ebenso sehr wie zerhackte Sätze. Worte, die fehlen können, ohne den Sinn des Satzes zu ändern, sind fortzulassen. Kürze ist unangebracht, wenn sie Unklarheit verursacht. 4. Fremdwörter, die zwanglos durch deutsche Worte ersetzt werden können, haben keine Daseinsberechtigung.

Keine Zerspaltung der Hilfsaktion für Rußland. Der Internationale Gewerkschaftsbund sieht sich gezwungen, gegen die Forderung einer einheitlichen Hilfsaktion für Rußland und Georgien das Wort zu ergreifen, um der drohenden Zerspaltung vorzubeugen. Wenn auch in dieser Augenblick die Einstellungen und Verleumdungen der Bundesfeinde entgegenzutreten, nicht der Größe der Aufgabe entspricht, die der Internationale Gewerkschaftsbund übernommen hat, so sei doch zur Klarstellung an die geradezu niedrige, gemeine Verdächtigung erinnert, die das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale in einem Schreiben an den kommunistischen Parteitag sich nicht scheut auszusprechen:

Die Frage der Hilfeleistung der hungernden Gouvernements Sowjetlands ist eine der wichtigsten aktuellen politischen Fragen. Die Kampagne um diese Frage langt erst an, und es wird zweifellos ohne ein politischer Kampf entbrennen: Die internationale Sozialdemokratie und die Unabhängigen wie auch ihre Schutzherrn, die Bourgeois, werfen mit jedem Tage die Maske immer mehr von sich und zeigen den wahren Gesicht der „Aktion“. Die Vereinten kommunistischen Partei Deutschlands muß in Betracht sein, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und alle Verhältnisse, die Sowjetland helfen wollen, um sich zu vereinigen.“

Zu der großen Aufgabe internationaler Solidarität war aber keine Arbeiterorganisation in gleichem Maße berufen wie die Amsterdamer Internationale. Sie vereinigt in ihren Reihen Gewerkschaftler jeder politischen Richtung und Anhänger aller drei politischen Internationalen. Trotz der gerade gegen sie gerichteten ununterbrochenen Angriffe der Kommunisten übergehe sie keinen Augenblick, sich zum Anwalte der Hungernden in Rußland zu machen. Die Vereinheitlichung der gesamten proletarischen Hilfsaktion für Rußland wird durchgewährleistet, daß die Amsterdamer Internationale mit der Tat bewies, daß für sie Gegenüber der Zahl die internationale Einheit der Arbeiterbewegung nicht zu erschüttern vermögen. Im Einklange mit seinen bereits veröffentlichten Kundgebungen fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle Arbeiter auf, das für die Linderung der Not in Rußland bestimmte Geld an die von den Landeszentralen der Gewerkschaften bestimmten Sammelstellen abzuliefern, damit untern russischen Kameraden auf schnellstem Wege fakträchtig gesammelt werden kann. Der Internationale Gewerkschaftsbund erwartet von allen Arbeitern, daß sie trotz der unwürdigen Einstellungen Sinowjews ihr Belfes tun werden, um das Hilfswerk für Rußland zu einem wahrzeichen proletarischer Gemeinschaft zu machen. Keine bessere Antwort kann der kommunistischen Internationale erteilt werden, als ihr schnödes Mißtrauen durch Opferwilligkeit zu bekämpfen.

Auflösung des Allrussischen Hilfskomitees. Durch eine Verfügung des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees ist das Allrussische Hilfskomitee für die Hungernden am 27. August aufgelöst worden. Die Gründe der Auflösung sind: ultimative Weigerung des Komitees, sich zur praktischen Arbeit in das Wolgagebiet zu begeben, und das Bestreben, durch die ausländische Delegation, auf die durchaus bestanden wurde, politisches Spiel zu treiben. Eine andere Ursache der Auflösung soll darin bestehen, daß in der von dem Komitee herausgegebenen Zeitung „Die Hilfe“ sehr beachtliche Beiträge von wenig bekannten Männern veröffentlicht wurden, die bei den Intellektuellen und Arbeitern großen Eindruck hinterließen, worin eine Gefahr für die Sowjeditatur erblickt worden sein soll. Bekanntlich wurde das Komitee mit dem früheren zaristischen Minister Kusler an der Spitze aus 63 Personen gegründet, ohne Vertreter der oppositionellen sozialistischen Parteien (die erklärten Feinde der Sowjetregierung) hinzuzuziehen, was sicherlich kein Zufall ist.

Einführung von Luxusgütern statt Nahrungsmitteln. Nur unter einer schweren Erschütterung des Marktes wäre es der deutschen Regierung möglich, die notwendigen Devisen zur Zahlung der ersten Goldmillarde Kriegsschuldigung aufzubringen. Die Börsenspekulanten haben durch ihr Treiben den Preis der ausländischen Zahlungsmittel in die Höhe getrieben, was das deutsche Volk rund 120 Millionen Papiermark gekostet hat. Wie auf der anderen Seite die erwütherten Summen ausgegeben werden, zeigt die umfangreiche Einführung von Luxusgütern von Juni bis September 1920: Saarseele, Seiden und Tülls, Seidengewebe und seidene Konfektion, seidene Tüllgewebe, Pelze, Schmuckfedern und Reiher zu insgesamt 130 461 000 Mark. Aus der Seifen- und Parfümerieindustrie sind nach französischer Statistik 1920 nach Deutschland eingeführt für 40 Mill. Mk. Der Wert der Einfuhr alkoholischer Getränke betrug 1920 390 Mill. Mk. Der Friesenvertrag von Versailles hat der deutschen Regierung die Möglichkeit genommen, frei zu verfügen, was eingeführt werden darf und was nicht. Das „Loch im Weifen“ hatte die Kontrolle ebenfalls erschwert; aber es ist doch höchste Zeit, daß bis an die Grenze des Möglichen die Einfuhr von Luxusgütern unterbunden wird.

Verchiedene Eingänge

„Typographische Mitteilungen.“ Zeitschrift des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. 18. Jahrgang, Nr. 8. Polzebung vierteljährlich 7 Mk.; unter Streifenband jährlich 32 Mk. Einzelheft 3 Mk. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle, Leipzig, Seemannstraße 8.

„Das Augenproblem in der Gegenwart.“ Von Johannes Schull. Preis 2 Mk. Verleger und Herausgeber: Hauptpostamt des Verbandes der Arbeitervereine Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.